Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

118 (23.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 118 — **Montag, den 23 Mai 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

In dieser Woche sollen wichtige Entscheidungen in Preußen und im Reich fallen. In Berlin erwartete man die vorzeitige Rückkehr des Reichspräsidenten.

*

Das preußische Kabinett Braun ist durch Schreiben an den Landtag zurückgetreten.

*

Anhalts Landtag hat eine Rechtsregierung gewählt mit einem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten.

*

Gegen die geplante Beschäftigungssteuer hat der Deutsche Beamtenbund Einspruch erhoben.

*

Die Völkerbundsratstagung wurde am Samstag in Genf geschlossen, Oesterreich erhält keine sofortige finanzielle Hilfe. Es wurde wiederum ein Ausschuß zur Ausarbeitung eines Hilfsplanes berufen.

*

„Do. X" ist von Neufundland nach den Azoren, die amerikanische Fliegerin Earhart nach Irland geflogen — zwei Ozeanflüge also geglückt

*

Das Flugschiff „Do X" ist von Horta (Azoren) kommend um 20,45 Uhr M.E.Z. in Vigo (Spanien) glatt gewassert und hat damit seinen Ozeanflug glücklich beendet.

*

Ein Großfeuer vernichtete im Hamburger Freihafengebiet große Zelluloidvorräte und in Spandau drei Fabrikgebäude der Deutschen Industriewerke.

*

Im Davis-Pokal-Spiel Deutschland — Oestrreich hat Deutschland einen 3:2-Sieg errungen und sich damit für das Spiel der dritten Runde gegen Irland qualifiziert.

*

Am Sonntag sprachen in Oldenburg Gregor Strasser und Adolf Hitler zum Oldenburger Wahlkampf.

*

Die Japaner haben bei einem Gefecht mit chinesischen Freischärlern bei Tsitsikar eine schwere Niederlage einstecken müssen. Die Verluste auf beiden Seiten sind sehr groß.

Rücktritt der preußischen Regierung

Dem neuen Preußischen Landtag ist ein nur aus wenigen Zeilen bestehendes Schreiben des preußischen Staatsministeriums zugegangen, worin Ministerpräsident Dr. Braun namens seiner Regierung dem Präsidenten des Landtags mitteilt, daß die augenblicklichen preußischen Staatsminister ihre Aemter zur Verfügung stellen. Das Schreiben enthält weder eine Begründung noch die Mitteilung, daß das Kabinett Braun die Geschäfte weiterführe. Die letztere Erklärung ist allerdings schon deshalb überflüssig, weil die Regierung nach der Verfassung gehalten ist, bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten die Geschäfte weiterzuführen, falls sie nicht ausdrücklich andere Erklärungen abgibt.

Das Zentrum in Preußen

Es läßt den Nationalsozialisten den Vortritt

Berlin, 22. Mai. In der Sitzung der Zentrumsfraktion des Preuß. Landtages hat der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Steger, betont, daß die Fraktion ihre Arbeit bewußt in den Dienst der Reichspolitik stelle. Er fügte hinzu, daß die außenpolitische Befreiung und die innenpolitische Arbeit auf dem Gebiete der Binnenwirtschaft, der Arbeitsbeschaffung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes, das Arbeitsziel sein würden. Die Lösung dieser Aufgaben werde unter den augenblicklichen Verhältnissen im Preußischen Landtag nicht leicht sein. Bei dem starken **Zusammenhang zwischen Reich und Preußen** sei selbstverständlich, daß die preußische Zentrumsfraktion ihre Politik im engsten Zusammenhang und **in engster Zusammenarbeit mit der Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning zu führen haben werde. Neubindungen und politische Aenderungen in Preußen könnten nur im Einvernehmen mit der Reichsparteileitung und dem Reichskanzler vorgenommen werden.** In diesem bemerkenswerten Auftakt der Beratungen der Zentrumsfraktion kommt zwar die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Ausdruck, unter ganz bestimmten, auf der Verfassung begründeten Voraussetzungen mit anderen Parteien zusammenzugehen, aber der betonte Hinweis auf das Primat der Reichspolitik und die bedingungslose Unterstützung des Zentrumskurses im Reich stehen den Forderungen der Nationalsozialisten gegenüber.

Abg Steger brachte zum Ausdruck, daß die **Preußenpolitik des Zentrums** maßgebend von der Reichspolitik beeinflußt sei. Das wolle aber keineswegs besagen, daß das preußische Zentrum nicht von sich aus seine Politik bestimme. Was die Frage der Verhandlungen mit anderen Parteien (den Nationalsozialisten) anbelange, **so stehe das Zentrum nach wie vor auf dem Standpunkt, abwarten zu müssen, bis man an es herantrete.** Die Fraktion wird am Montag nachmittag ihre Aussprache fortsetzen.

Vor der neuen Notverordnung

Man nimmt an, daß der Reichspräsident von Hindenburg die **neue Notverordnung,** die spätestens Mitte dieser Woche veröffentlicht werden soll, sofort unterzeichnet. Die Reichsregierung hat die Absicht, sich im Zusammenhang damit mit einer ausführlichen Mitteilung an die Oeffentlichkeit zu wenden und ihr die finanziellen und wirtschaftlichen Pläne der nächsten Zeit bekannt zu geben.

Alle Kategorien der Bevölkerung werden diesmal von den Opfern betroffen, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Unternehmer. Es zeigt sich aber, daß weitgehend der Gedanke Platz gegriffen hat, in dieser Notzeit zur Aufrechterhaltung der Unterstützung für die ärmsten Schichten der Bevölkerung alle Beschäftigten heranzuziehen. Keine Regierung kann etwas anderes tun, wenn sie nicht die Versorgung der Arbeitslosen brutal zusammenbrechen lassen will.

*

Wie die neuen Bestimmungen aussehen sollen

Im einzelnen stehen auf steuerlichem, finanziellem und sozialem Gebiet im Reichskabinett jetzt folgende konkrete Vorschläge und Vorlagen im Vordergrund der Debatte:

1. **Zeitliche Verlängerung der Krisensteuer für die Lohnempfänger** sowohl wie für die Steuerzahler mit veranlagtem Einkommen über den 31. Dezember hinaus bis zum 31. März 1933. Das bedeutet also, daß bei dieser Steuer ein neues Quartal hinzukommt. Von dieser Maßnahme verspricht man sich für das Haushaltsjahr 1932/33 eine beträchtliche Mehreinnahme. Dieser Mehrertrag der Krisensteuer, die bekanntlich in erster Linie die finanziellen Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen erbringen sollte, reicht aber bei weitem nicht aus, und aus diesem Grunde ist beabsichtigt:

2. **eine Beschäftigungs-Steuer** einzuführen, die von allen in Arbeit stehenden Personen, also auch von den Beamten aufgebracht werden soll, die bisher bekanntlich zur Krisensteuer nicht zugezogen waren. Die Beschäftigungssteuer wird bei einer Einkommensgrenze von 3600 Mark an beginnen und etwa 1,5 Prozent des Einkommens betragen. Ihre finanziellen Ergebnisse schätzt man auf 300—320 Millionen Mark, und diese Summe soll vor allem auch zur Aufbringung der Einnahmensummen dienen, die bisher ausschließlich von den Gemeinden für die Wohlfahrterwerbslosen zur Verfügung gestellt werden mußten. Es handelt sich also nicht, wie man ursprünglich vermutet hatte, darum, die Krisensteuer durch die Beschäftigungssteuer abzulösen. Nach den im Augenblick zur Debatte stehenden Plänen wird vielmehr **eine neue Abgabe** eingeführt. Das letzte Wort darüber ist im Kabinett allerdings noch nicht gefallen, und es ist insbesondere noch möglich, daß die Beschäftigungssteuer **in die Krisensteuer eingebaut wird,** oder daß man sich entschließt, die Einbeziehung in den unteren Stufen entweder durch Einbau in die Krisensteuer oder über die Krankenkassen einzuführen, während bei den höheren Einkommen eine selbständige Veranlagung erfolgen würde. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß die Beschäftigungssteuer unabhängig von der Krisensteuer erhoben wird.

3. Zur Beseitigung **der finanziellen Notlage der Gemeinden,** die ja nach allgemeiner Auffassung schon seit langer Zeit völlig untragbar ist, soll die **Bürgersteuer nicht am 30. Juni ihr Ende finden, sondern bis zum 31. Dezember verlängert werden.** Man hat also von einer Verdoppelung der Grundbeträge durch eine entsprechende Erhöhung der Grundbeträge Abstand genommen, und der neue Weg ist für den Steuerzahler zweifellos der leichtere, wenn der finanzielle Endeffekt im großen und ganzen auch derselbe ist wie bei einer Verdoppelung der Bürgersteuer.

4. Die **Gemeinden** sollen außerdem vom Reich in der Zukunft **vierteljährliche Zuschüsse** in Höhe von 100—110 Millionen Mark erhalten, während man ihnen bisher nur 75 Millionen pro Vierteljahr zugedacht hatte.

5. Von ganz besonderer Bedeutung sind die Maßnahmen, die **Einsparungen bei einzelnen Zweigen der sozialen Versicherung** bezwecken. Es handelt sich hier einmal um die Herabsetzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenunterstützung von 20 auf 13 Wochen, durch die erhebliche Beträge frei werden die dann für die Krisenunterstützung verwendet werden können. Ferner sollen die Unterstützungssätze, die jetzt in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge gezahlt werden, einander weitgehend angeglichen werden. Auf der anderen Seite steht aber auch zur Debatte, zum Ausgleich für die Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung die **Fristen der Krisenfürsorge** zu verlängern, wodurch natürlich wiederum die Gemeinden stark belastet würden. Um diese Mehrbelastung auszugleichen, soll geplant sein, die Gemeinden von ihrem bisher ein Fünftel betragenden Anteil an der Krisenfürsorge noch stärker zu entlasten. Schließlich will man eine schematische Ausbezahlung der Unterstützungsbeträge durch die Einführung eines besonderen Ortsklassensystems verhindern, weitgehender als bisher also von der Bedürftigkeit ausgehen.

Die Kabinettsberatungen sind noch nicht abgeschlossen und alle Einzelheiten stehen infolgedessen noch nicht fest.

Abschluß der Kabinettsberatungen

Ein amtliches Kommunique

Berlin, 22 Mai. Zum Abschluß der Kabinettsberatungen wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

Berlin, 22 Mai. Die mehrwöchigen, nur durch die beiden Pfingsttage unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über die nunmehr in Aussicht zu nehmenden finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen konnten heute nachmittag in allen grundsätzlichen Fragen in Uebereinstimmung zum Abschluß gebracht werden. Zu den unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Beratungen waren das Reichsbankdirektorium und, soweit erforderlich, die drei Reichskommissare für Preisüberwachung, Bankenaufsicht und die vorstädtische Randsiedlung, sowie der Vorstand der Garantiebank hinzugezogen worden. Die Entschließungen des Reichskabinetts fanden wertvolle Förderung durch nebenhergehende Beratungen mit den berufenen Vertretern der beteiligten Bevölkerungskreise.

Das Gesamtprogramm erstreckt sich im wesentlichen auf die endgültige Fertigstellung und Abdeckung des **Reichshaushaltsplans 1932,** die Sicherung der **Arbeitslosenfürsorge** und andere **sozialpolitische Reformmaßnahmen** sowie auf ein **Arbeitsbeschaffungsprogramm** unter gleichzeitigem Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Der Reichshaushaltsplan geht nunmehr dem Reichsrat zu, dessen Beratungen unter Beteiligung der Reichsregierung und der Finanzminister der deutschen Länder demnächst beginnen werden. Die übrigen vorerwähnten grundsätzlichen Beschlüsse der Reichsregierung unterliegen augenblicklich noch der endgültigen Formulierung der zuständigen Stellen, mit der sich das **Reichskabinett** alsdann abschließend **im Anfang der neuen Woche befassen** wird. Weitere Einzelheiten hierüber können im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden, da zunächst **ein Vortrag des Reichskanzlers beim Herrn Reichspräsidenten** über das Gesamtprogramm im Laufe der kommenden Woche stattfinden wird.

Da der Reichspräsident beabsichtigt, etwa bis Ende des Monats in Neudeck zu bleiben und die Beratungen des Gesamtprogramms, dessen zweite Lesung das Kabinett am Montag beginnt, ebenfalls bis dahin abgeschlossen sein werden, so dürfte der Vortrag Dr. Brünings beim Reichspräsidenten wohl in Berlin stattfinden, jedenfalls ist vorläufig nicht beabsichtigt, daß der Kanzler sich nach Neudeck begibt. Es wird auch berichtet daß Hindenburg unter Umständen früher zurückkehre.

Zwischenfall im Anhaltischen Landtag

Pressevertreter der Sitzung verwiesen.

T.U. **Dessau,** 21. Mai. In der Samstag-Sitzung des anhaltischen Landtages, in der das Ministerium gewählt wurde, gab es gleich zu Beginn der Sitzung eine Ueberraschung. Der neue Präsident des Landtages, Dr. Nicolai, forderte den früheren Reichstagsabgeordneten und politischen Redakteur des „Volksblatt für Anhalt", Seeger, auf, sofort den Pressetisch zu verlassen. Er begründete diese Maßnahme damit, daß die N.S.D.A.P. es ihrer Ehre schuldig sei, nicht einen Menschen am Pressetisch zu dulden, der seit Jahr und Tag die nationalsozialistische Partei und ihre Führer in der unerhörtesten Weise mit Schmutz beworfen habe. Die Redner der Sozialdemokraten wandten sich scharf gegen diese Anordnung des Präsidenten, während die Vertreter der Nationalsozialisten die Maßnahme guthießen. Der Redner der Deutschnationalen Abgeordnete Kranz, erklärte, es handele sich um eine Maßnahme, für die lediglich der Präsident zuständig sei.

Vorzeitige Einberufung des Thüringischen Landtages

T.U. **Weimar,** 22. Mai. Nachdem die Nationalsozialisten die vorzeitige Einberufung des Thüringer Landtages zur Beratung der Waltershauser Vorfälle gefordert haben, ist nunmehr auch von sozialdemokratischer Seite der gleiche Antrag gestellt worden. Nach der Verfassung muß der Landtag früher einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der gesetzlichen Abgeordneten zahl dies verlangt. Da die Sozialdemokraten bereits allein 18 Vertreter im Landtag haben, ist die vorzeitige Einberufung des Landesparlamentes sicher.

Rücktritt der griechischen Regierung

Athen, 22. Mai. Die griechische Regierung hat ihren Rücktritt beschlossen.

Der Streik der Postbeamten wird mit Erfolg fortgesetzt. Seit Tagen ist die Telegramm- und Briefbestellung so gut wie unterbunden. Die eingestellten Hilfskräfte mußten zum Teil wieder entlassen werden, weil Verletzungen des Briefgeheimnisses vorkamen. Die Streikbewegung dehnt sich weiter aus. Die Zollbeamten, Steuerbeamten und Finanzbeamten beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen.

*

Venizelos vor der Kammer

Athen, 22 Mai. Venizelos hat im Ministerrat erklärt, infolge der zügellosen Opposition, auf die die Regierung bei einem Teil der Presse und den Oppositionsparteien gestoßen sei und infolge der Weigerung der Oppositionsparteien, die Regierung bei dem Kampf gegen die Exzesse einer gewissen Presse zu helfen, halte er es nicht mehr für möglich, die Verantwortung weiter zu tragen, besonders soweit sie sich auf die Finanz- und Währungspolitik beziehe. Die Opposition müsse nun die Verantwortung übernehmen. In seiner Kammerrede, in der er die **Demission des Kabinetts** bekanntgab, führte Venizelos aus, **er halte es für ganz unmöglich, das Land zu regieren, ohne gewisse Artikel der Verfassung nach dem Muster des Artikels 48 der deutschen Verfassung von Weimar zu ändern, die, obwohl sie die republikanischste von allen sei, die Aufhebung gewisser Rechte und Freiheiten gestatte, wenn das Land in Gefahr sei.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Frankreichs Schlüsselstellung

H.D. Nicht nur das Schicksal des deutschen Volkes wird sich in den kommenden Monaten entscheiden. Von den Regierungen der Großstaaten sind Entschlüsse von schlechthin weltgeschichtlicher Tragweite zu fassen. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die sich gleich einer verheerenden Feuersbrunst ausbreitete und alle Länder und Kontinente ergriffen hat, erfordert zu ihrer Bekämpfung gemeinschaftliche Anstrengungen aller Staaten. Zweifellos sind international die Kräfte im Wachsen, die zum Handeln drängen, die einen weiteren wirtschaftlichen Zerfall, insbesondere Europas, abwenden, den notleidenden Völkern helfen und das drohende Chaos vermeiden wollen. Werden aber die Regierungen gemeinsam handeln können, ehe es zu spät ist? Werden die Hoffnungen Europas auf den Beginn einer friedlichen Wiederaufbauarbeit endlich erfüllt werden? In diesem Zeitpunkt richten sich die Blicke aller Völker wiederum nach Frankreich. Denn hier und nirgendwo anders liegt der Ausgangspunkt zur Ueberwindung der Weltkrise.

Frankreich hat sich nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges eine in der Geschichte einzig dastehende wirtschaftliche und politische Machtstellung geschaffen. Es ist die größte Militärmacht der Welt; es hat durch ein Bündnissystem und dank seiner Finanzkraft bestimmenden Einfluß auf die Staaten im Osten und Südosten Europas. Sein großes Kolonialreich macht es verhältnismäßig unabhängig von fremder Rohstoffzufuhr, seine glückliche wirtschaftliche und soziale Struktur hat es vor den schwersten Auswirkungen der allgemeinen Krise bisher bewahrt. Es ist ein Land großer Kapitalüberschüsse; von seiner Geldmacht sind kleine und große Staaten in mehr als einer Beziehung abhängig. Und es ist schließlich der **Hauptnutznießer des bisherigen Reparationssystems** und der Friedensverträge von 1919. Es hat in den trüben Nachkriegsjahren das Schicksal Europas entscheidend bestimmt, da Frankreich diese ungeheure Macht lediglich ausgenutzt hat, um sich eine politische Vormachtstellung zu erobern. Die zähe Verteidigung dieser führenden Stellung, namentlich in Europa, ist zweifellos das Hauptmotiv der französischen Politik bis in die jüngste Zeit gewesen.

Frankreich ist dadurch zum **Hemmschuh der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Europas geworden.** Jeder Versuch, das unglückliche Erbe des Krieges endlich zu liquidieren und zu neuen Formen friedlicher Zusammenarbeit zu gelangen, einer Zusammenarbeit, die nur auf dem Boden der Gleichberechtigung aller europäischen Nationen durchgeführt werden kann, ist bisher am französischen Widerstand gescheitert. Bei den Abrüstungsverhandlungen war es in erster Reihe der französische Einfluß, der sich hemmend und erschwerend auswirkte. Frankreich liegt daran, seine militärische Uebermacht nicht preiszugeben. Nur zu deutlich sind insbesondere seine Bemühungen, eine Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Rüstungsgebiet zu verhindern. Und was die Reparationsfrage betrifft: Frankreich, der Hauptempfänger der deutschen Tributzahlungen, hat sich bisher immer noch gesträubt, die Tatsache anzuerkennen, daß die Streichung der politischen Schulden nicht nur die gegebene und einzig verbliebene praktische Konsequenz aus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands ist, sondern darüber hinaus die wichtigste Voraussetzung für einen neuen Aufstieg der leidenden Völker. Wer erinnert sich nicht seiner Rolle bei der Inkraftsetzung des Hooverplanes im vorigen Jahre, wo es durch seine Zaudertaktik wesentlich zu der katastrophalen Zuspitzung der Lage in Deutschland beigetragen hat? Und so wie bei diesen beiden für Deutschland wichtigsten Problemen war es bisher bei allen andern Fragen der Weltpolitik. Ob es sich um die längst spruchreif gewordene Revision unhaltbarer Bestimmungen der Friedensverträge handelte, ob die Rettung Oesterreichs und anderer südosteuropäischer Staaten vor völligem Wirtschaftsruin zur Diskussion stand, ob neue wirtschafts- und handelspolitische Entschlüsse zur Entspannung der Lage in der Welt gefaßt und in die politisch-wirtschaftliche Praxis umgesetzt werden müssen — immer war es Frankreichs Beharrungspolitik mit in erster Reihe zuzuschreiben, wenn bisher nichts Entscheidendes geschah, wenn es nach wie vor kein Vertrauen in der Welt gibt, wenn die Not der Völker in rapidem Tempo wächst, die wirtschaftlichen und politischen Spannungen immer größer werden. Ob in Lausanne die Umkehr beginnen wird? Wir wollen es abwarten. Eins ist aber gewiß: auf die Dauer wird eine solche Politik kurzsichtiger Beharrung sich auch zu Ungunsten des französischen Volkes auswirken, gegen ihren Urheber kehren müssen, denn die Schicksale aller Völker sind im Zeitalter des Verkehrs und internationaler Wirtschaftsverknüpfung enger denn je miteinander verbunden.

Zwei Atlantikflüge

„Do. X" in Horta (Azoren) eingetroffen

Neuyork, 22. Mai. Bei der Radio Marine Corporation ist ein Funkspruch eingegangen, wonach das Flugschiff „Do. X" am Samstag um 23.15 Uhr MEZ. in Horta auf den Azoren auf das Wasser niedergegangen ist.

„Do. X" unterwegs nach Lissabon

Horta, 22. Mai. Das Flugschiff „Do. X" ist um 8.20 Uhr MEZ. nach Lissabon gestartet. Um 11 Uhr befand sich das Flugschiff auf 38,30 Nord und 24,50 West. Das Flugschiff fährt mit 176 Stundenkilometer mit Kurs auf Vigo.

Der Ozeanflug der „Do X" glücklich beendet.

T.U. **Berlin,** 22. Mai. Wie den Dornier-Metallbauten aus Vigo gemeldet wird, ist das Flugschiff „Do X" um 20,45 Uhr M.E.Z. in Vigo (Spanien) glatt gewassert.

*

Ozeanflug einer Frau

London, 22. Mai. Die amerikanische Fliegerin Amelia Earhart, genannt Miß Lindi, die von Neufundland zu einem Atlantikflug abgeflogen war, ist in der Nähe von Londonderry (Nordirland) auf einer Wiese notgelandet. Nach ihrer Landung setzte sich sofort telephonisch mit Dublin in Verbindung und teilte mit, daß sie nicht verletzt sei. Auch das Flugzeug wäre heil geblieben. Während der Reise hätte ungefähr zehn Stunden lang der Auspuff fast versagt, weil er ausgebrannt war. Auf einer großen Strecke des Weges hätten heftige Stürme, Regen und teilweise auch Nebel den Flug sehr erschwert. Außerdem war der Benzinmesser gebrochen, was die Fliegerin gezwungen habe, in Irland notzulanden. Miß Earhart hat mit ihrem Flugzeug zwei Erstleistungen aufgestellt. **Sie ist einmal die erste Frau, die allein den Atlantik im Flugzeug überquerte, und außerdem die einzige Frau, die zweimal den Atlantik überquerte.**

Die Ozeanfliegerin legte die Strecke von Neufundland nach Londonderry in der Rekordzeit von 15 Stunden und 39 Minuten zurück. Sie war am Freitag abend um 22.51 Uhr MEZ. in Harbour Grace (Neufundland) aufgestiegen und landete um 14.30 Uhr MEZ. am Samstag in Culmore bei Londonderry, Grafschaft Donegel in Nordirland. Die Strecke beträgt rund 2026,5 Meilen

Die amerikanische Fliegerin Miß Earhardt nach London geflogen.

T.U. **London,** 22. Mai. Die amerikanische Fliegerin Miß Earhart flog am Sonntag nachmittag von Londonderry nach dem englischen Flugplatz Hanworth. In Londonderry hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, die der Fliegerin einen bewegten Abschied gab. Miß Earhart hat Glückwunschtelegramme von dem Präsidenten Hoover, dem englischen Luftfahrtminister und dem amerikanischen Botschafter in London, Mellon, erhalten.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Die Lage Oesterreichs vor dem Völkerbundsrat

Genf, 22. Mai. Der Völkerbundsrat hat sich am Samstag erneut mit der Lage der südosteuropäischen Staaten befaßt, die sich vor einiger Zeit mit dem Ersuchen um finanzielle Hilfeleistung an den Völkerbund gewandt haben. Hauptgegenstand der heutigen Verhandlungen war die **Lage Oesterreichs.** Der deutsche Vertreter, Botschafter Graf Welczek, betonte, daß auch nach der Ansicht des Finanzkomitees neue Anleihen zur Behebung der Schwierigkeiten nur ein vorübergehendes Hilfsmittel seien. Um zu einer wirklichen Lösung der Schwierigkeiten zu kommen, müsse man aber das Problem von der wirtschaftlichen Seite anfassen. Die deutsche Regierung sei bereit, an der Prüfung aller Hilfsmaßnahmen auf finanziellem Gebiet mitzuarbeiten, um eine Verschärfung der Lage zu vermeiden. Der Vertreter Großbritanniens, Eden, warnte die Schuldnerstaaten vor einer einseitigen Einstellung des Dienstes ihrer auswärtigen Schulden. Der Vertreter Italiens, Scialoja, betonte, daß isolierte Aktionen nicht möglich seien. Diese Ostfragen ständen in unmittelbarem Zusammenhang mit den übrigen europäischen Problemen. Von diesem Gesichtspunkt aus sei eine möglichst schnelle Regelung der internationalen Schuldenfrage notwendig. Der französische Vertreter Paul Boncour erklärte, daß die finanziellen Probleme von den wirtschaftlichen Fragen nicht losgelöst werden könnten. Deshalb habe die französische Regierung vor zwei Monaten den Vorschlag eines Präferenzregimes im Donaugebiet unter weitgehender Berücksichtigung der Interessen dritter Länder gemacht.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, durch die ein **Ausschuß von Finanzsachverständigen** mit der Aufgabe beauftragt wurde, praktische Lösungen auszuarbeiten. Präsident Dr. **Kienböck** erklärte: Selbst wenn Oesterreich gezwungen sei, sich vorübergehend für ein allgemeines Transfermoratorium zu entscheiden, so könnte es sich bei der Völkerbundsanleihe nur um die Einstellung vorläufiger Transaktionen für den Dienst des kommenden Jahres handeln.

Als Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes hob Dr. Kempner (Berlin) die ungeheure Verantwortung hervor, die der Völkerbund dadurch hat, daß mehrere Staaten, darunter Oesterreich, vor der Gefahr vollständiger Erschöpfung stehen.

*

Agrarfragen vor dem Völkerbund

Genf, 21. Mai. Der Völkerbundsrat hat zu den Agrarpetitionen Stellung genommen, die von der **deutschen Minderheit in Polen** seit dem Jahre 1923 wiederholt eingebracht worden waren. Auf Antrag der deutschen Regierung ist diese Angelegenheit, die für die Zukunft des Deutschtums in den abgetretenen östlichen Gebieten von großer Bedeutung ist, aus den Geheimberatungen des Dreierkomitees nunmehr in die öffentlichen Verhandlungen des Rates gerückt worden. Um diese Angelegenheit nunmehr endgültig und einwandfrei zu klären, hat der Völkerbundsrat auf Vorschlag des Berichterstatters die Einsetzung eines Komitees beschlossen, das bis zur nächsten Ratstagung im September hierüber einen Bericht vorlegen soll. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat, Botschafter Graf Welczek, umriß in einer Rede das Problem in großen Zügen und legte die Gründe dar, die die deutsche Regierung dazu geführt haben, diese Angelegenheit, die eine Lebensfrage für die deutsche Minderheit in Posen und Pomerellen darstelle, vor das Forum des Rates zu bringen. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß bis zur Entscheidung des Rates in dieser Angelegenheit keine Verschlechterung der Lage der deutschen Minderheit eintrete.

Genf, 22. Mai. Der Völkerbundsrat hat am Samstag abend seine 67. Tagung geschlossen. Er beauftragte die Kontrollkommission des Bundes, die Haushaltsgebarung des Völkerbundes bis zum September zu prüfen. Ferner beschloß der Rat, die **Einberufung einer Geldwirtschaftskonferenz,** die gleichfalls von der Arbeitskonferenz angeregt wurde, der im September zusammentretenden Völkerbundsversammlung zu unterbreiten.

*

Die polnischen Enteignungen

Genf, 22. Mai. Der Völkerbundsrat behandelte am Samstag die große **Agrarbeschwerde des Deutschtums in Polen** gegen die polnische Regierung. Der Rat nahm einen Vorschlag des Berichterstatters, des japanischen Botschafters Nagaoka, an, der das Ergebnis außerordentlich schwieriger Verhandlungen ist. Danach wird jetzt zum ersten Male **sofort ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet, die gesamte Enteignungspolitik der polnischen Regierung in Posen und Pommerellen auf Grund des Antrages der deutschen Minderheit und der Reichsregierung untersuchen soll.** Dem Ausschuß gehören außer Nagaoka der italienische Jurist Pilotti und der englische Jurist Malkin an.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[14

Wie gut es war, daß sie rechtzeitig geflohen war! Einen Preis hatte man ausgesetzt auf ihren Kopf! Auf den Kopf einer Unschuldigen.

Was hatte sie nur getan, daß man sie so quälte?

Erschrocken sah Ellinor sich um. Hatte sie nicht laut gestöhnt?

Nein, sie schien sich geirrt zu haben. Von ihren Mitreisenden jedenfalls hatte niemannd etwas gemerkt. Das Surren des Motors hatte vielleicht das Geräusch übertönt.

Aber sie mußte sich zusammennehmen, mußte ihre Rolle sicher und unbeirrt weiterspielen, so lange, bis sie in Amerika war. Dort würde sie sich verkriechen können, in irgendeinem Winkel, würde wieder zur Frau werden können.

Sie war jetzt ganz ruhig geworden. Ihr Leben war fortan ein Spiel, bei dem es aufs ganze ging. Es lag in ihrer Hand, ob sie gewinnen würde.

Nach dreistündiger Fahrt landete das Flugzeug auf dem Amsterdamer Flugplatz, und mit ihm landete ein junger Kaufmann: Henry Smith ...

* * *

Frau Hastings war erwacht, nach langem, tiefem Schlaf. Still lag sie da und hörte auf das Ticken der Uhr; sie wartete, bis sie endlich schlagen würde.

Ihre Gedanken schweiften zurück und überdachten noch einmal alles: die Erlebnisse des vergangenen Tages, bis zur Abendstunde. Dann plötzlich richtete sich die Kranke jäh empor.

Das arme Kind! So Schreckliches hatte sie erleiden müssen! Die ganze freudlose Jugend bei dem Monsieur Leblay mußte ein Martyrium gewesen sein. Und jetzt war es noch viel schlimmer geworden, jetzt sollte sie zur Mörderin gestempelt werden.

Ihre gute, liebe Ellinor, die keinem Tier etwas zuleide tun konnte!

Jetzt war das arme Geschöpf endlich zu ihr zurückgekehrt, um sich bei ihr auszuruhen. Und nun wollte man sie womöglich wieder mit Gewalt von hier wegholen? Nein, nein. Ellinor war unschuldig, niemand durfte ihr etwas tun.

Aber würde das Gesetz nach dem fragen, was eine alte Frau aussagen konnte? Auf Ellinor ruhte ein schrecklicher Verdacht, also würde sie verhaftet werden. Erst in der Untersuchung mußte es sich herausstellen, daß sie unschuldig war.

Man durfte es nicht zu der Verhaftung kommen lassen, man mußte Ellinor das Entsetzliche ersparen. Man mußte ihr helfen. Und zwar sofort. Ellinor durfte nicht in England bleiben, sie mußte fort. Noch in dieser Stunde. Morgen war es sicher zu spät.

Wenn sie nur ruhig denken könnte! Sie durfte nicht so aufgeregt sein!

Es mußte irgend etwas geschehen ...

Frau Hastings erhob sich mühsam aus ihrem Bett, zog sich den Morgenrock über. Mit zitternden Händen tastete sie sich nach der Tür, kam auf den Flur, hinüber in Henrys Zimmer.

Sie würde jetzt in aller Ruhe mit Ellinor sprechen, überlegen und ihr weiterhelfen.

Als sie die Tür geöffnet hatte, rief sie Ellinors Namen. Keine Antwort erfolgte, auch dann nicht, als sie lauter wurde.

Erregt stolperte Frau Hastings in das Zimmer hinein, fuhr mit den Händen suchend über das Bett.

Erstarrt hielt sie inne. Ellinor war fort! War fortgegangen, ohne Abschied ... Die Blinde wollte aufschreien vor Weh und brachte nichts hervor als einen gurgelnden Laut.

Das Kind ... das liebe, teure Kind hatte sich hinausgewagt, trotz aller Gefahr, die draußen lauerte ... man würde sie erkennen ... würde sie festnehmen ... sie verurteilen ... sie hatte ja keine Gegenbeweise ...

Nein! Nein! Gellend schrie die alte Frau auf. Ihr Denken verwirrte sich, sie wußte nicht mehr aus und ein. Die Angst und die Verzweiflung drohten ihr die Brust auseinanderzureißen.

Sie taumelte zur Tür hinaus, wollte rufen. Die Zunge versagte den Dienst ... irgendwo suchte die Kranke Halt ... fiel, derb aufschlagend, zu Boden ...

Zur gewohnten Stunde, am Morgen, trat Kate Campbell in das Haus ihrer Freundin.

Zu ihrer Verwunderung fand sie die Haustür unverschlossen vor. Fast zögernd betrat sie den Flur. Aengstlich schaute sich die alte Dame um, und schon stockte ihr Fuß.

Was war das? Dort, in der Ecke lag Lizzi Hastings, ohne sich zu regen.

Kate Campbell überwand ihr Entsetzen, trat schnell näher. Mit einem Aufschrei fuhr sie zurück. Lizzi Hastings war tot, das sah sie auf den ersten Blick. Die blauen Lippen, die gebrochenen Augen, die starren Hände — man sah, daß alles Leben aus diesem Körper entwichen war.

Etwas Fürchterliches mußte hier geschehen sein. Wie war die Blinde auf den Flur gekommen? Wo war Ellinor Grey?

Kate Campbell sah sich um. Die Tür zu Lizzis Schlafzimmer stand offen, ebenso die Tür zu Henrys Zimmer, in dem die Fremde gewohnt hatte. Kate warf einen Blick hinein. Das Zimmer war leer, das Bett unberührt. Ellinor Grey war fort, das stand fest.

Die alte Frau gab sich Mühe, den toten Körper der Freundin aufzuheben, ihn auf das Bett zu tragen. Es ging nicht, ihre Kräfte versagten.

Sie rannte hinüber, ins Nachbarhaus, um an die Polizei zu telephonieren.

Wenige Minuten später erschienen die Beamten. Ein Arzt kam, Menschen sammelten sich draußen an.

Man durchsuchte die Wohnung, fand die geöffnete Schreibtischschublade. Das Geld, das Frau Hastings dort aufzubewahren pflegte, fehlte.

(Fortsetzung folgt.)